

Medienmitteilung vom 3. September 2018

## **Kantone verzerren den Spitalwettbewerb und verteuern die Gesundheit – PKS fordert Regulierungsstopp, bis ihre Rolle geklärt ist**

**2007 hat das Parlament beschlossen, für einen fairen und kostendämpfenden Wettbewerb zu sorgen zwischen den Spitälern – unabhängig ob privat oder öffentlich. Seither erlassen Bund und Kantone nur noch gesundheitspolitische Massnahmen, welche die Wahlfreiheit der Patienten beschneiden, den Wettbewerb verzerren und teure Bürokratie verursachen. Die Kantone führen Schritt für Schritt die Planwirtschaft in der Gesundheit ein, subventionieren ihre eigenen Häuser teilweise massiv und nehmen mittelfristig Rationierung und Qualitätsabbau zulasten der Patienten in Kauf. PKS fordert einen Regulierungsstopp, bis die Rolle der Kantone geklärt ist.**

Die am Wochenende publizierte Studie der Universität Basel über Tarif- und Finanzierungsunterschiede zwischen den einzelnen Kantonen und akutsomatischen Spitälern weist detailliert nach, wo, wie offen oder verdeckt und in welchem Ausmass quersubventioniert wird. Die Mehrfachrollen der Kantone (Eigentümer, Finanzierer, Planer, Aufsicht, Gesundheitspolizei, Schiedsrichter) sind ein massives Governance-Problem, dessen Schadensausmass nun auch für das Jahr 2016 nachweisbar ist:

- Prämien- und Steuerzahler werden unnötigerweise zur Kasse gebeten: Auch 2016 flossen wiederum insgesamt über 2.3 Mia. CHF Quersubventionen, praktisch gleich viel wie in den Jahren zuvor. Diese haben sich kantonal sehr unterschiedlich entwickelt: In den Kantonen Waadt (+30 Prozent) und St. Gallen (+25 Prozent) nahmen die Gesamtsubventionen seit 2013 massiv zu.
- Privatspitäler arbeiten systematisch günstiger: Die durchschnittliche bereinigte Baserate liegt auch 2016 bei öffentlichen/subventionierten Kliniken mindestens 500 CHF Franken höher als bei den Privatspitälern. Dies bestätigt entsprechende Berechnungen des Preisüberwachers.

Das Parlament hat den Bundesrat mehrfach gedrängt, den Systemfehler der kantonalen Mehrfachrollen anzugehen. Aus Angst vor den Kantonen ist nichts geschehen. PKS fordert nun einen Regulierungsstopp in der Gesundheitspolitik, bis die Rolle der Kantone endlich geklärt ist:

- Entweder ist die öffentliche Hand Eigentümerin und damit verantwortliche Leistungserbringerin und muss alle übrigen Verantwortungen (Regulierung, Eigentümer, Finanzierung, Aufsicht, Gesundheitspolizei, Schiedsrichter in Tarifverhandlungen) abgeben oder
- Staatliche Beteiligungen an Leistungserbringern werden veräussert oder verselbständigt und die Einflussnahme auf die Führung nach einer Übergangsfrist verboten.

### Auskunft:

Beat Walti, Nationalrat, Präsident Privatkliniken Schweiz (PKS), +41 79 296 72 25

Guido Schommer, Generalsekretär PKS, +41 79 300 51 45; [info@privatehospitals.ch](mailto:info@privatehospitals.ch)

Die Studie „Tarif- und Finanzierungsunterschiede im akutstationären Bereich zwischen öffentlichen Spitälern und Privatkliniken“ der Universität Basel ist hier publiziert: <http://www.privatehospitals.ch/news/detail/tarif-und-finanzierungsunterschiede-im-akutstationaeren-bereich/>

Mehr aktuelle Zahlen zu den Privatspitälern in der Schweiz: [http://www.privatehospitals.ch/fileadmin/user\\_upload/news/bericht/180507\\_PKS\\_Bericht\\_2018.pdf](http://www.privatehospitals.ch/fileadmin/user_upload/news/bericht/180507_PKS_Bericht_2018.pdf)